



Ein Einkaufsdinosaurier entsteht Seite 10

Wiesberger kommt auf Touren SPORT Seite 11

derStandard.at/Panorama

Beach-Party pur zum generös geförderten Nulltarif

Das Land Kärnten und die Stadt Klagenfurt wollen bei Großevents trotz Finanzmisere nicht sparen. So soll auch der Beachvolleyball Grand Slam weiterhin generös gefördert werden.

Elisabeth Steiner

Klagenfurt – In Klagenfurts größter Sandkiste, dem Beachvolleyball Grand Slam, darf ab heute, Dienstag, wieder gebaggert werden. Und zur 15. Wiederkehr des internationalen Sport- und Party-Events gibt es gleich eine Jubelmeldung: Das Turnier bleibt bis 2016 in Klagenfurt – dank der üppigen Subventionen, die weitere vier Jahre ausgeschüttet werden sollen.

Organisator Hannes Jagerhofer, der vor kurzem noch mit dem Abzug der Sandspiele gedroht hatte, kann zufrieden sein. Das Land Kärnten und die Stadt Klagenfurt werden den bisher mit insgesamt 900.000 Euro geförderten Grand Slam künftig mit je 412.000 Euro jährlich unterstützen. Allen Kritikern zum Trotz, die wegen der Kärntner Finanzmisere allerorten massive Einsparungen, besonders aber im Sozialbereich, beklagen.

Tourismuslandesrat Josef Martinz (VP) wollte infolge rigider Sparvorgaben für den maroden Landeshaushalt auch bei diversen Großevents ansetzen. Für den bisher auf Landesseite über die Kärntner Tourismuswerbung geförderten Grand Slam sah der Tourismusreferent daher eine Kürzung von 30 Prozent vor, zumal

Der 15. Beachvolleyball Grand Slam dürfte auch heuer wieder mehr als 100.000 Zuschauer anziehen. Ab Dienstag kann bei freiem Eintritt wieder fröhlich gebaggert und gefeiert werden. Auch rund 2000 zahlende VIP-Gäste werden erwartet.

Foto: APA



der Veranstaltung mit Gesamtkosten von 3,7 Millionen Euro eine Wertschöpfung von 3,4 Millionen gegenüberstünde, wobei davon nur ein Drittel in Kärnten verbliebe.

Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) hingegen zeigte sich

generös und sicherte Jagerhofer aus seinem Sportbudget die Abgeltung der fehlenden 20 Prozent zu. Part of the game: Zehn Prozent der Landesförderung, also rund 40.000 Euro muss Jagerhofer wieder ans Land zurückfließen lassen – in Jugend- und Sozialprojekte,

die nicht näher definiert wurden. Vonseiten der Stadt Klagenfurt zog FPK-Bürgermeister Christian Scheider sofort mit. Der Grundsatzbeschluss wurde im Stadtse-nat von FPK, SPÖ und ÖVP durchgepeitscht. Den Gemeinderat habe man einfach übergangen, kriti-

siert der grüne Landespartei-sekretär Frank Frey.

Jörg Haider's Brot- und Spiel-politik lebe nun in der FPK weiter, ärgert sich auch VP-Chef Josef Martinz, zumal Stadt, Land und FPK auch tausende Beachvolleyball-Eintrittskarten ankaufen. Der Eintritt für das Normalpublikum ist übrigens gratis, und Jagerhofer will das auch gar nicht ändern.

Die Klagenfurter SP-Vizebür-germeisterin Maria-Luise Mathia-schitz sieht Jagerhofers neues „so-ziales Engagement“ lediglich als „Feigenblatt“. Es lasse sich kaum nachweisen, wofür die 40.000 Euro wirklich verwendet würden, zumal sich Jagerhofer seit dem Be-stehen des Beachvolleyball Grand Slam samt diversen Party-Side-Events weigere, seine Finanzgeba-rung offenzulegen.

„Wir wissen nicht, wie viel Geld Jagerhofer über Sponsoren oder TV-Rechte hereinbekommt, wir wissen auch nicht, welche Gewin-ne er macht“, meint Gemeinderätin Sieglinde Trannacher von der Bürgerliste EW 2009. Schließ-lich werde ihm auch das Grund-stück gratis zur Verfügung gestellt und die Reinigung nach der Ver-anstaltung durch die Stadt Klag-enfurt besorgt.

Verarmen dürfte Beach-Zamp-no Jagerhofer nicht. Soll er doch heuer seine Internet-Reisesuch-maschine *checkfelix.com* um einen zweistelligen Millionenbetrag an einen US-Anbieter verkauft ha-ben. An der *checkfelix* soll auch Exfinanzminister Karl-Heinz Gras-ser beteiligt gewesen sein.



Das Aquarell „Arbeit in der Gießerei“ findet sich in einem FP-Blatt.

KZ-Vergleich von FP-Polizisten

Schwerarbeit mit Bild von KZ-Häftlingen illustriert

St. Pölten – Für eine neue Definition von Schwerarbeit werben die freiheitlichen Polizeigewerk-schafter (AUF/EFG) in Nieder-österreich – und greifen dabei zu zweifelhaften Mitteln: Unter dem Titel „Schwerarbeit – Was ist dar-unter zu verstehen?“ findet sich in einer aktuellen Aussendung ein gemaltes Bild von kahlrasierten Gestalten in schwarz-weiß gestreiften Hosen. Tatsächlich han-delt es sich um das Aquarell *Arbeit in der Gießerei* des Holocaust-Überlebenden Etienne van Ploeg; es zeigt laut dem Mauthausen-Komitee KZ-Häftlinge bei der Arbeit in einer Granatgießerei.

Der niederösterreichische AUF-Vorsitzende Robert Rathhammer kann hingegen keine problematische Darstellung erkennen: Er vermute, es handle sich um eine „künstlerische Darstellung“, die Voest-Arbeiter zeige, sagte er der Gratiszeitung *Heute*. Einen Zusam-menhang mit dem National-

sozialismus bestreitet er. Andern-orts gehen freilich die Wogen hoch: Für den stellvertretenden Vorsitzenden der Polizeigewerk-schaft, Hermann Wally, ist „eine derartige Entgleisung unverant-wortlich und zeigt neuerlich das wahre Gesicht der FPÖ-Personal-vertreter“. Er fordert die blauen Gewerkschafter daher zum Aus-tritt aus dem ÖGB auf.

Nach dem Ausschluss des FP-Mandatars Werner Königshofer fordert der Grünen-Abgeordnete Karl Öllinger die blaue Parteispit-ze nun auf, auch die niederöster-reichischen Gewerkschafter aus der Partei zu entfernen. „So blöd und ignorant kann ja nicht einmal die AUF sein, um nicht zu wissen, dass die Arbeitsbelastungen von Polizeibeamten nichts, aber auch schon gar nichts mit der Zwangs-arbeit in einem Konzentrations-lager zu tun haben. Es kann daher nur volle Absicht sein“, meint Öllinger. (APA, hei)

„Bürger sind wahre Grätzelexperten“

Verwaltungsreform muss Bürger zu „handelnden Subjekten“ machen

Verena Langegger

Innsbruck – „Die Stadt steht finanziell wirklich gut da“, sagt Oppositionspolitikerin Uschi Schwarzl (Die Grünen) zum Investitionsvolumen von 100 Millionen Euro für 2010 und 2011. Im November hatte Bürger-meisterin Christine Oppitz-plörer (Für Innsbruck), zugleich auch Finanzreferentin, ein Doppelbudget präsentiert. Grund sind die Gemeinderatswahlen im Frühjahr 2012: Finanzielle Wahlzuckerln, die sofort nach der Wahl wieder zurückgezogen werden müssten, sollten verhindert werden, argumentierte die Bürgermeis-terin. Der prognostizierte Schuldenstand belaufe sich laut Bürger-meisterin Ende 2011 auf 29,75 Millionen Euro (2012: 38,94), das entspreche dem Stand aus dem Jahr 2003. Das bedeute eine Pro-Kopf-Verschuldung von 249 Euro.

„Es gibt keinen Investitions-stopp“, freut sich Schwarzl. Derzeit werden die Innsbrucker Straßen umgegraben, Schienen werden verlegt. Bis 2012 soll das Regionalbahnkonzept umgesetzt sein. Dann wird die Straßenbahnlinie 3 bis zum Gymnasium in der Au, im Westen der Stadt, verlängert sein. Nach der 3er soll der O-Bus zur Straßenbahn werden. Bis der Nordosten der Stadt auch per Bim erreich-

bar sein wird, dauert es aber noch bis 2015. „Längerfristig müssen auch die Umlandgemeinden Völs und Hall an die Regionalbahn angeschlossen werden“, fordert Schwarzl. Die ÖBB fahre zwar auch durch diese Gemeinden, die Bahnhöfe seien aber oft nicht direkt im Siedlungsgebiet, hofft Schwarzl auf eine Zusammenführung der Regionalbahn der Stadt und des S-Bahn-Projektes des Landes.

Öffi- und Straßenausbau

Zusätzlicher Knackpunkt für Schwarzl: „Es kann nicht einen Öffi-Ausbau um 300.000 Millionen Euro geben und gleichzeitig ab 2012 eine Untertunnelung des Südrings (West-Ost-Verbindung).“

Im Bereich der Verwaltung arbeite die Stadt „relativ kostengünstig“, die Sozialen Dienste (ISD) seien ebenso ausgegliedert worden wie die Kommunalbetriebe (IKB) oder die städtische Immobiliengesellschaft (IIG). Damit würden alle

Neuangeestellten nicht mehr nach Beamtenehalt, sondern nach Kollektivvertrag bezahlt. Eine erste Verwaltungsreform wurde im Rathaus bereits Mitte der Neunzigerjahre vom damaligen Bürgermeister und späteren Landeshauptmann Herwig van Staa (Für Innsbruck) durchge-setzt. Schwarzl fordert nach der finanziellen Verwaltungsreform, jetzt mehr „fachübergreifende Kompetenzen“: „Die Bürger müssen mitgenommen werden.“ In den Stadtteilen selbst müsse mehr diskutiert und mitbestimmt werden. Denn „die Bürger sind die wahren Grätzelexperten“. „In den 90er-Jahren wurde der Bürger zum Kunden, jetzt muss er zum handelnden Subjekt werden“, fordert Schwarzl. Im Bereich Stadtentwicklung, etwa am ehemaligen Reitstallareal in der Reichenau will Schwarzl „bei aller Liebe zur Dichte“ – Innsbruck kann sich zwischen Nordkette und Mittelgebirge nicht weiter ausdehnen – auch die Wohnfeld-qualität erhalten. Zu viel Dichte erhöhe die Probleme.

Reformagenda Innsbruck

Innsbruck baut: Nach den Nordkettenbahnen folgt die Regionalbahn.

Foto: Tirol Werbung

